

Vom "Gast"-Arbeiter
zum
"Gast"-Rentner



Arbeiterwohlfahrt
Landesverband Hamburg e. V.

Freie und Hansestadt Hamburg
Der Ausländerbeauftragte

Sozialer Wandel in der Migration Warum brauchen die "Ausländer"-Senioren unsere Hilfe?

Prof. Dr. Hakkı Keskin

Der Staat Bundesrepublik Deutschland hat sich seit Beginn der Anwerbung ausländischer Arbeitnehmer Mitte der 50er Jahre bis zum Ende der 70er Jahre praktisch gar nicht mit den Problemen der Arbeitsimmigration befaßt, da er die Entwicklung falsch einschätzte. Diese Passivität trifft sowohl auf soziale Einrichtungen als auch auf Schulen und Hochschulen zu. Wie zunächst auch die Einwanderer selbst gingen die zuständigen Behörden von der Annahme aus, die Anwesenheit ausländischer Beschäftigter sei nur vorübergehender Natur. Die Schulen reagierten auf die dauerhafte Ansiedlung von Ausländern und ihrer Familien erst, als sie ohne Konzept vor neuen Aufgaben und vor großen Problemen mit ihren ausländischen Kindern standen.

Das Lehrpersonal war auf den Unterricht von Kindern mit fehlenden Sprachkenntnissen nicht vorbereitet, geschweige denn dafür ausgebildet, Lehrmaterialien und Unterrichtspläne fehlten. Auch die Hochschulen haben bis in die 80er Jahre hinein nicht auf diese Entwicklung reagiert und entsprechend auch nicht für die Ausbildung von qualifizierten Lehrern, Sozialpädagogen und Fachkräften gesorgt. Es fehlten Wohnungen für Einwandererfamilien, so daß diese sich gezwungenermaßen in infrastrukturell benachteiligten Stadtteilen konzentrierten: die sogenannten Ausländerghettos entstanden. Orientierungslosigkeit und fehlende Planung seitens der verantwortlichen Behörden können wir in ähnlicher Form auch in anderen Bereichen wie Kindergärten, Beratungseinrichtungen, Kommunikationszentren etc. beobachten.

Die gleichen Fehler dürfen heute, nachdem zahlreiche Erfahrungen mit den Immigranten gesammelt werden konnten, bei denen, die jetzt in das Rentenalter eintreten, nicht wiederholt werden, denn ein großer Teil der nicht-deutschen Senioren wird mit Sicherheit das Rentenalter in Deutschland verbringen.

Deshalb möchte ich den Veranstaltern meine Anerkennung aussprechen, daß sie sich nunmehr dieser neuartigen Aufgabe, die ich vorerst "Arbeit mit Immigranten-Senioren" nennen möchte, widmen wollen. Die heutige Veranstaltung betrachte ich als eine Einführung in die Thematik.

Die Struktur der ausländischen Bevölkerung hat sich seit den Anfängen der Anwerbung gravierend verändert. Machte der Anteil beschäftigter ausländischer Arbeitnehmer 1961 noch rund 80 % der ausländischen Wohnbevölkerung aus, so fiel dieser Anteil bis 1971 auf 65 %, lag 1981 bei 41 % und 1991 nur noch bei 32 %. Anders gesagt: Lag der Anteil der Familienangehörigen an der ausländischen Wohnbevölkerung 1961 bei nur 20 %, so ist dieser innerhalb der vergangenen 30 Jahre auf fast 70 % gestiegen.¹

Hatten 1968 von den verheirateten türkischen Arbeitnehmern lediglich 34 % ihre Ehefrau mit nach Deutschland genommen, so lebten 1985 bereits 84 % mit ihren Frauen zusammen. Im gleichen Jahr hatten insgesamt 87 % der verheirateten ausländischen Arbeitnehmer ihren Ehepartner, 83 % ihre Kinder mit nach Deutschland gebracht.² Mit Sicherheit ist diese Zahl heute

¹Vgl. Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (Hg.): *Forschungsbericht: Situation der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen in der Bundesrepublik Deutschland. Repräsentativuntersuchung* 85. Bonn 1986, S. 3. Ferner: Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Ausländer: *Daten und Fakten zur Ausländersituation Juli 1992* (Eigene Berechnungen.) Bonn 1992, S. 15.

²Vgl. Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (Hg.): *Forschungsbericht A a O* S. 218 u. 257.

noch weiter angewachsen, ich kann aber leider nicht auf das neueste Zahlenmaterial zurückgreifen

Wer seinen Ehepartner und seine Kinder nach Deutschland nachkommen läßt, der trifft diese Entscheidung fast immer vor dem Hintergrund der Perspektive, dauerhaft in Deutschland leben zu wollen. Eine weitere Zahl belegt diese Aussage: Nach einer repräsentativen Untersuchung aus dem Jahre 1985 hatten rund 86 % der befragten türkischen, jugoslawischen, italienischen, griechischen und portugiesischen Eltern in Deutschland ihre Pläne für den Schulbesuch ihrer Kinder auch in diesem Land gemacht. Nur 14 % planten den Schulbesuch ihrer Kinder im Herkunftsland.³ Diese letztgenannte Zahl macht nach meinem Dafürhalten auch deutlich, daß damals auch nur diese 14 % eine Rückkehr ins Herkunftsland planten. Doch selbst von diesen wissen wir, wie selten Rückkehrabsichten sich haben realisieren lassen

Die Aufenthaltsdauer der ausländischen Wohnbevölkerung entspricht dabei dem Trend, sich langfristig in Deutschland niederzulassen. Über die Hälfte der nicht-deutschen Bevölkerung lebt heute seit mehr als 15 Jahren hier, schon 65 % über 10 Jahre.⁴ Zwischen 1962 und 1992 sind weit über zwei Millionen Kinder der Einwandererbevolkerung in Deutschland geboren worden.⁵ Darüber, wie viele von ihnen das Land inzwischen verlassen haben, liegen keine verlässlichen Angaben vor. Ich wage dennoch die Schätzung, daß gut ein Drittel aller in Deutschland lebenden Ausländer gebürtige Bundesrepublikaner sind. Würden wir auch die als kleine Kinder nach Deutschland eingewanderten und hier aufgewachsenen Kinder der Einwanderer hinzurechnen, so dürfte mittlerweile jeder zweite hier lebende Ausländer in Deutschland geboren und/oder aufgewachsen sein.

Diese Angaben verdeutlichen, daß sich in den vergangenen drei Jahrzehnten ein großer Wandel bei der Immigrantenvölkerung vollzogen hat. Die sogenannten Gastarbeiter der frühen 60er Jahre haben sich inzwischen in Deutschland mit ihren Familien dauerhaft niedergelassen, sie sind zu Einwanderern und somit zu einem festen Bestandteil der Bevölkerung geworden.

In den vergangenen dreißig Jahren hat sich auch der aufenthaltsrechtliche Status dieser Bevölkerungsgruppe verändert. 60 % der "aufenthaltsurlaubspflichtigen" Ausländer hatten 1990 diesbezüglich einen sicheren Status, nämlich 20 % eine Aufenthaltsberechtigung und 40 % eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis.⁶

Wäre entsprechend der Aufenthaltsdauer die Erteilung der Aufenthaltsberechtigung gemäß dem Ausländergesetz ohne jedwede Restriktion praktiziert worden, so müßten heute mehr als 80 % aller Einwanderer diesen sicheren Status besitzen, darunter 70 % eine Aufenthaltsberechtigung.

³Ebd., S. 266.

⁴Vgl. Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Ausländer. *Daten und Fakten zur Ausländer-situation*. A.a.O. S. 19 (Eigene Berechnungen).

⁵Ebd., S. 18 und Statistisches Bundesamt (Eigene Berechnungen).

⁶Ebd., S. 9.

Die Arbeitsimmigration hinterläßt ihre Spuren

Die Arbeitsimmigration hat die Biographien der Arbeitsimmigranten sowie ihrer Familienangehörigen in vielerlei Hinsicht nachhaltig geprägt und beeinflußt.

Die Trennung von Familie und Heimat, das Leben in einer fremden Kultur und Umgebung, die unterschiedlichen Lebens- und Arbeitsverhältnisse und vor allem die Sprachlosigkeit in einem neuen sozialen Umfeld haben bei vielen Immigranten irreparable Spuren hinterlassen. Die meisten Arbeitsimmigranten haben die körperlich schwersten, gesundheitlich gefährlichsten Arbeiten, nicht selten und zum Teil auf ihren eigenen Wunsch mit Überstunden, in Akkord-, Nacht- und Schichtarbeit geleistet. Wie heißt es doch neuerdings auf den Plakaten des DGB gegen Fremdenfeindlichkeit? "Die Ausländer machen die Arbeit, die die Deutschen nicht machen wollen."

Die Arbeitsimmigranten haben diese große Last eines Lebens in der Immigration nur dadurch ertragen können, daß sie sich immer wieder damit trösteten, höchstens noch zwei, drei oder längstens vier Jahre in der Fremde bleiben zu müssen. Eine von meinen Studierenden durchgeführte Befragung unter 100 älteren Immigranten hat gezeigt, daß 85 % dieser Menschen mit der Absicht nach Deutschland kamen, hier zwei bis vier Jahre zu arbeiten. Für die Befragung wurden Arbeiter unterschiedlicher Nationalität ausgesucht, die bereits länger als 20 Jahre in Deutschland lebten.

Die dramatischen Lebensumstände, in denen sich einzelne Immigranten befinden, kommen sehr plastisch in einem Interview mit dem italienischen Arbeiter Alfonso Gallo zum Ausdruck. Alfonso Gallo hatte 30 Jahre in Deutschland gearbeitet, davon 20 Jahre als Straßenkehrer in Köln. In der Hörfunksendung "Zeitzeichen" sagte er "Im Leben kommt es immer darauf an, mit welcher Entschlossenheit man an eine Sache herangeht. Und das gilt ganz besonders für das Leben im Ausland. Dafür ist nicht jeder geschaffen. Denn man braucht sehr viel Entschlossenheit und einen sehr starken Willen. Überhaupt muß man sehr stark sein."

Man kommt es so vor, als sei ich verurteilt, in der Fremde zu sein. Aber dennoch bin ich ein quasi 'freiwillig' Verurteilter, denn ich bin aus eigenem Willen hier. ()

Nie hätte ich gedacht, daß ich so lange in der Bundesrepublik bleiben würde. Ich dachte, vielleicht ein Jahr, zwei Jahre. Aber ein Leben - das ist schwer. Mein Leben ist schwer. Wenn ich noch einmal von vorne anfangen mußte, und irgend jemand, sei es sogar der heilige Geist, mir prophezeite, du mußt dreißig Jahre lang allein bleiben, ich würde die Pistole nehmen und mich erschießen.⁷

Alfonso Gallo holte seine Familie nicht nach Deutschland, in der fortdauernden Hoffnung, er würde schon im nächsten Jahr zurückkehren, bis er schließlich Rentner wurde.

Die erste Generation der Arbeitsimmigranten hat sich durch die langen Jahre der Abwesenheit ihrer heimlichen Umgebung im Herkunftsland völlig entfremdet, hat Nachbarn und Freunde faktisch verloren, ohne in der neuen Heimat Deutschland aufgenommen zu sein, also ohne die Möglichkeit, hier Ersatz für den Verlust zu finden. Einer Entwurzelung und Entfremdung im Herkunftsland steht also nicht die notwendige emotionale Verwurzelung im Einwanderungsland gegenüber. Dieses Gefühl, nirgends aufgenommen und zu Hause zu sein, führt zu erheblichen psychischen Belastungen und Erkrankungen.

⁷WDR Köln, Sendereihe "Zeitzeichen", Band Nr. 35-911113, 13. November 1991

Bekanntlich erfolgte die Anwerbung ausländischer Arbeiter erst nach einer gründlichen medizinischen Untersuchung in den Herkunftslandern durch die Ärzte der deutschen Verbindungsstellen, meist der Bundesanstalt für Arbeit. Zwischen 1955 und 1969 wurden von deutschen Ärzten über zwei Millionen ausländische Bewerber in ihren Herkunftslandern untersucht. Insgesamt wurden von diesen 9 % aus gesundheitlichen Gründen abgelehnt. Laut einer Statistik der Bundesanstalt für Arbeit waren die häufigsten Ablehnungsgründe Röntgenbefunde der Lunge und pathologische Laborwerte. Es folgten Störungen des Herz- und Kreislaufsystems sowie Schäden am Stütz- und Bewegungsapparat.⁸

Die sogenannten Gastarbeiter wurden also in ihrem besten Arbeitsalter und kerngesund angeworben. Heute, nach 20 oder 30 Jahren Arbeitsimmigration, sieht es mit dem Gesundheitszustand vieler Einwanderer leider ganz anders aus. Nicht selten wurde bei älteren Immigranten ein starker Verschleiß festgestellt. Wie bereits erwähnt, hat dies mit der hohen Belastung am Arbeitsplatz, aber auch mit der geschilderten Lebenssituation in der Migration zu tun.

Insgesamt waren 1984 36 % aller Ausländer in Berufen mit sehr hoher oder höherer Gesamtbelastung beschäftigt. Dieser Anteil betrug bei deutschen Arbeitern kaum 20 %. Nur 27 % der Ausländer waren in Berufen mit einer geringen bzw. sehr geringen Gesamtbelastung tätig.⁹

Laut einer anderen Untersuchung des gleichen Jahres waren 62 % der Arbeitsimmigranten ohne formalen Berufsabschluß an Arbeitsplätzen tätig, die eine überdurchschnittliche Gesamtbelastung aufwiesen.¹⁰

"Zum 'typischen' Krankheitsspektrum gehören bei den Arbeitsimmigranten: Schädigungen des Muskel- und Skelettsystems, der Verdauungs- und Atmungsorgane sowie psychische Erkrankungen."¹¹

Als Folge dieser Situation werden wir - und zum Teil ist dies bereits heute der Fall - mit einem hohen Krankheitsstand, mit Frühinvalidität und vorzeitiger Verrentung der älteren Immigranten konfrontiert werden.

Aus Fehlern müssen wir lernen

Die einführend erwähnten Versäumnisse und die verspätete Aufmerksamkeit für Ausbildungs- und Infrastrukturfragen der Einwandererbevolkerung dürfen bei den Immigranten-Rentnern nicht wiederholt werden. Wir müssen diesmal rechtzeitig zukunftsorientierte Antworten auf diese neue Herausforderung suchen und finden. Wir müssen für mittel- und langfristige Aufgaben in diesem Bereich Konzepte ausarbeiten und die dafür erforderlichen Forschungsarbeiten ohne Zeitverlust in Angriff nehmen.

Im August 1992 waren 12.277 nicht-deutsche Einwohner in Hamburg älter als 60 Jahre. Ein unwesentlicher Teil der Arbeitsimmigranten erwarb wegen Frühinvalidität eine vorzeitige Verrentung. Künftig werden wir aus den genannten Gründen das durchschnittliche Renteneintrittsalter bei den Arbeitsimmigranten bereits mit dem 60. Lebensjahr ansetzen müssen. Zusammen mit den 21.589 Einwanderern, die heute zwischen 51 und 60 Jahre alt sind, stehen wir

⁸Vgl. *Bildungsarbeitern mit ausländischen und deutschen Arbeitnehmern*, Info 7/8, Dortmund 1988, S. 6 u. 7.

⁹Vgl. Ebd., S. 10.

¹⁰Vgl. Ebd., S. 11.

¹¹ Dietzel-Papakviakou, M. "Alter und Gesundheit - die besondere Gefährdung von Arbeitsimmigranten", in AWO: *Rückkehr oder Bleiben - Deutschland und seine alten Migranten*, Bonn 1991, S. 13.

somit in Hamburg bei einem Rentnerpotential von 33 866 Immigranten. Hiervon stammen 8 281 aus der Türkei, 4.538 aus Altjugoslawien, 2 103 aus Griechenland und 1 705 aus Italien.¹²

1992 lebten rund 340 000 Immigranten-Rentner in Deutschland. Nach einer Modellrechnung des Bundesinnenministeriums für das Jahr 2020 werden wir dann 1,3 Mio. Immigranten im Lande haben, die älter als 65 Jahre, und 220 500, die älter als 80 Jahre sein werden.¹³

Wie zu sehen ist, werden in den nächsten Jahren viele Hunderttausende Immigranten-Rentner in Deutschland, davon über 30 000 allein in Hamburg auf Hilfen in Form von Beratung, Betreuung, Freizeitgestaltung und Pflege angewiesen sein. Daß diese Menschen nicht ohne weiteres in die bestehenden Einrichtungen für deutsche Senioren und Pflegebedürftige integriert werden können, dürfte verständlich sein. Die Zukunftsgestaltung und Planung der Einrichtungen für Immigranten-Senioren mußte auf Bedürfnissen und Interessen dieser Menschen - d. h. der Betroffenen selbst - basieren. Daher ist es dringend geboten, Forschungsprojekte über die Lebensplanung, Wünsche, Bedürfnisse und Ziele dieser Bevölkerungsgruppe ins Leben zu rufen. Wir wissen noch viel zu wenig, wie sich die Immigranten-Senioren selbst ihre Zukunft vorstellen.

Wir brauchen verlässliche Angaben über die Zahl derjenigen, die ihr Rentenalter in Deutschland oder im Herkunftsland oder sogar pendelnd teils hier, teils dort verbringen wollen.

Wir brauchen genauere Kenntnisse über Lebensumstände, finanzielle, gesundheitliche, sprachliche, familiäre Aspekte sowie über Wohn- und Kommunikationsverhältnisse und -bedürfnisse der Immigranten-Senioren.

Wir benötigen Kenntnisse darüber, inwieweit die vorhandenen klassischen Einrichtungen wie Altenheime, Tagesstätten, ambulante Versorgungsmöglichkeiten im hauslichen oder im stationären Bereich sowie der Kommunikation dienende Begegnungsstätten auch und in welchem Umfang von Immigranten-Senioren in Anspruch genommen werden können.

Es sind Informationsmaterialien, spezielle Bildungsangebote und Veranstaltungen für Immigranten-Senioren erforderlich, die sie über die Altenhilfeeinrichtungen ausreichend informieren.

Für diese Altenarbeit mit Immigranten sind sachkundige muttersprachliche Sozialpädagogen und Pflegekräfte erforderlich, die zum größten Teil noch ausgebildet werden müssen.

Erst wenn all diese Defizite weitgehend behoben sind, sind wir in den Stand gesetzt, mittel- und längerfristige Konzepte zur bedarfs- und interessengerechten Beratung, Betreuung und Versorgung der Arbeitsimmigranten zu entwickeln. Es besteht durchaus die Chance, im Rentenalter nachzuholen, was bislang infolge einer mißlungenen Integrationspolitik versäumt wurde. Möglicherweise gelingt dies mit Hilfe von multikulturellen Seniorenzentren, Altenhilfeeinrichtungen sowie neuen Kommunikations- und Begegnungsstätten. Davon könnten sowohl die deutschen als auch die Immigranten-Senioren profitieren.

Es muß unser festes Ziel bleiben, soweit wie möglich voneinander zu lernen, sich gegenseitig zu bereichern und gemeinsam ein solidarisches Zusammenleben in allen Bereichen der Gesellschaft zu fördern.

¹²Vgl. Ausländerzentralregister/AZR, Hamburg, 2.8.1992.

¹³Vgl. SPD-Bundestagsfraktion *Pressemitteilung* 6. Oktober 1992. Ferner AWO Bonn: *Rückkehr oder Bleiben*. A.a.O. S. 4.